

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/198

13. Oktober 1972

Kampf für die "Qualität des Lernens"

Willy Brandt setzt neue Maßstäbe für Schulen
Seite 1 und 2 / 69 Zeilen

Wählen heißt mitbestimmen!

Arbeitnehmer stützen die Bundesregierung

Von Eugen Lederer
Vorsitzender der Innungskommission der
Metalle

Seite 3 und 4 / 55 Zeilen

CDU will Arbeitnehmerrechte torpedieren

Mittelständler planen Anschluss an Betriebsrat
verfassungsgesetz

Von Fred Zender
Gewerkschaftssekretärin und Vorsitzende der
SPD-Unterbezirks Frankfurt/Main

Seite 5 / 28 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 885 845 / 885 847
530 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Kampf für die "Qualität des Lebens"

Willy Brandt setzt neue Maßstäbe für morgen

Willy Brandts 21-Seiten-Rede, mit der er am Donnerstag den Außerordentlichen SPD-Parteitag in der Ruhrmetropole Dortmund zwei Stunden lang gefangen hielt, wird weit über den Anlaß und über den Tag hinaus wirken. Der Anlaß, die Bundestagswahl vom 19. November 1972 und der Start zum Wahlkampf, dessen Mühe und Bitterkeit wir schon in den Erstanfängen bedauernd miterlebt haben, ist nur kurzfristig vor uns hingestellt. Diesem Anlaß dienen die Redepassagen, die sich mit der stolzen Aufzählung der Leistungsergebnisse befassen: Große Erfolge trotz der Einsicht, daß nicht alles fehlerfrei gewesen ist, und daß die drei Jahre eben viel zu kurz waren. Diesem Anlaß diente auch die notwendigerweise scharfe und schroffe Auseinandersetzung mit dem parteipolitischen Gegner.

Aber darüber wird man vom 19. November an kaum noch sprechen, dann werden andere Vorgänge von aktuellerem Zeitwert nach vorne drängen. Weiter sprechen wird man aber in der Bundesrepublik, weit über den Rahmen der SPD hinaus, und auch in dem so interessierten Ausland über die Passagen dieser Dortmunder Rede, die zu kardinalen Grundproblemen unseres modernen Lebens - in der Gesellschaft und als Individuum - in einer Weise Stellung nehmen, die zu konzentriertem Nachlesen und zu intensiven Diskussionen geradezu herausfordern.

Diese Probleme, die Willy Brandt in größter Anschaulichkeit behandelt hat, kreisen alle um den Menschen, um sein Leben, um seine Bildung, um seinen Staat, um seine Arbeit, um seine Gesundheit, um seine Freizeit, um sein Glück und um seinen Frieden. Das alles läßt sich in die Formel von der "Qualität des Lebens" einbeziehen, die heute schon, da sie so packend alle unsere Sorgen erfaßt, auch von den anderen Parteien aufgegriffen wird. Sie sind dort in der Beurteilung sozialdemokratischer Thesen und Tendenzen vorsichtiger geworden, nachdem sie sich mit ihrem Hohngelächter über Willy Brandts "blauen Himmel über der Ruhr" so sehr blamiert haben, daß sie heute alle Mühe haben, sich bei der Forderung nach Umweltschutz - also genau in eben diesem "blauen Himmel" - nicht zu überschlagen. Wir werden also gewiß in aller Kürze Kolonnen von CDU- und CSU-

Rednern hören, die sich für die von ihnen plötzlich ebenfalls entdeckte "Qualität des Lebens" schlagen.

Diese "Lebensqualität", als deren Herold Willy Brandt in Dortmund Furore machte und weiter machen wird, sobald man die Durchschlagkraft dieser Forderung erst einmal richtig erkannt haben wird, diese "Qualität des Lebens" setzt, so betonte Brandt, ganz schlicht Freiheit voraus und auch Freiheit vor Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zu Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung, zu sinnvollem Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, Spiel und Zusammenleben, Teilhabe an der Natur und an den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu leben oder es zu werden. "Lebensqualität" bedeutet, so Brandt in knapper Zusammenfassung, "Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus".

Das Bestreben, diese Forderungen in der Industriegesellschaft unserer Zeit zu verwirklichen und gegen alle Widerstände durchzusetzen - wenn anders das Leben nicht zum Fluch werden soll! - setzt neue Maßstäbe, die auch unser Zukunftsbild verändern werden und müssen. Denn, so Brandt, wer die Zukunft gewinnen will, der muß bereit sein zur fortschreitenden Erneuerung: zur permanenten Reform.

Und hier, schon in diesem Denkansatz werden sich die konservativen und restaurativen Kräfte bei uns in der Bundesrepublik, in Europa und in der ganzen Welt alarmiert zu Wort melden. Wir werden also Widerstände auf breitester Front erleben, Widerstände, die an Härte ihresgleichen suchen werden, denn die Durchsetzung der Parole von der "Qualität des Lebens" ist über den Reformgedanken hinaus ganz schlicht und einfach revolutionär im besten Sinne dieses Begriffs. Diese Revolution für den Frieden und für die Freiheit des Menschen muß aber entfacht und gewonnen werden, weil sonst das Leben, unser Leben selber erstickt wird.

Die Sozialdemokraten sind aufgerufen, diese friedliche Revolution für das Leben entschlossen zu schlagen und erfolgreich zu führen. Es ist kein nationales Problem allein, es ist ein Problem aller Völker, ein internationales Problem, ein Problem, das Kooperation über alle Grenzen hinweg zwingend erfordert, wenn der Mensch nicht der Verlierer sein soll.

Dr. Erhardt Eckert
(-/ja/13.10.1972/bgy)

Wählen heißt mitbestimmen!

Arbeitnehmer stützen die Reformparteien

Von Eugen Loderer

Vorsitzender der Industriegewerkschaft Metall

Die am 19. November erfolgende Wahl eines neuen Bundestages ist gerade für die Arbeitnehmer von höchster Bedeutung. Erinnern wir uns daran, mit welchem Programm die jetzige sozialliberale Koalition im Herbst 1969 die Regierung angetreten hat. Damals hatte eine, wenn auch knappe, Mehrheit der Wähler für längst fällige Reformen gestimmt. Diesen Auftrag der Wähler hat die gegenwärtige Bundesregierung ernst genommen. In ihrer durch ein politisches Überläufertum verkürzten Amtsperiode hat sie eine Reihe beachtlicher sozialer Leistungen aufzuweisen, wie die Dynamisierung der Kriegsoffizierrenten, die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, das 3. Vermögensbildungsgesetz, die Verbesserung der Sozialversicherung und anderes mehr.

Vor allem auch hat diese Bundesregierung mit einer konstruktiven Entspannungspolitik nach Osten ernst gemacht und damit das Bild eines friedliebenden Deutschlands und der Deutschen in der Welt nachhaltig beeinflußt. Die Ratifizierung der Gewaltverzichtsverträge mit der UdSSR und der Volksrepublik Polen, die beschleunigte Herbeiführung eines Berlin-Abkommens zwischen den Mächten und die daran anknüpfende Normalisierung der Beziehungen zur DDR, die vor allem für die Bevölkerung Westberlins bereits bedeutende Erleichterungen gebracht hat, sind ihr größtes Verdienst.

Wir wissen, daß nicht alle in der Regierungserklärung vom 1. Oktober 1969 enthaltenen Versprechen erfüllt worden sind. Die vom DGB für die Bundestagswahl aufgestellten Forderungen sagen

ganz klar, wo die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften nach wie vor der Schuh drückt. Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung, Abschaffung der Preisbindung der Zweiten Hand, ein wirksames Kartellgesetz, Vorrang der öffentlichen vor den privaten Investitionen, eine durchgreifende soziale Steuerreform, die Verbesserung der flexiblen Altersgrenze in der Rentenversicherung - das sind einige der wichtigsten Forderungen, die die Gewerkschaften an den neuen Bundestag stellen. Sie werden nachträglich durch die Beschlüsse einer Reihe von Gewerkschaftstagen, die in diesen Wochen stattfinden, bekräftigt.

Die Frage stellt sich für die Arbeitnehmer, welchen Parteien sie ihre Stimmen geben sollen, damit ihre Forderungen Gehör finden und Schritt für Schritt verwirklicht werden. Die Antwort darauf kann nicht zweifelhaft sein: denjenigen Parteien, die gezeigt haben, daß sie willens sind, auf dem Wege der Reform und des sozialen Fortschritts trotz aller Hindernisse weiterzugehen und sich nicht auf bloße Wahlversprechen zu beschränken. Die heutige Opposition muß sich schon gefallen lassen, daß sie auch an den Leistungen gemessen wird, die sie erbracht hat, als sie noch an der Regierung war.

Die Arbeitnehmer haben heute mehr denn je das größte Interesse daran, einen Bundestag und eine Regierung zu wählen, von denen sie mit den notwendigen Reformen zugleich ein größeres Maß von Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen erwarten können. Denn Demokratie heißt Mitbestimmung, und Verwirklichung der sozialen Demokratie des Grundgesetzes heißt Verwirklichung der Mitbestimmung auf allen Ebenen. Darum und um den weiteren sozialen Fortschritt, um die Mehrung des allgemeinen Wohlstandes in Frieden und Freiheit, um eine bessere Qualität des Lebens in der Gesellschaft geht es bei dieser Wahl. (-/ja/13.10.1972/byg)

+ + +

CDU will Arbeitnehmerrechte torpedieren

Mittelständler planen Anschlag auf Betriebsverfassungsgesetz

Von Fred Zander

Gewerkschaftsssekretär und Vorsitzender des
SPD-Unterbezirks Frankfurt/Main

Daß den Unternehmern in der CDU das neue Betriebsverfassungsgesetz ein Dorn im Auge war, wissen wir schon lange. Jetzt haben sie ihre Karten auf den Tisch gelegt: Die einflußreiche Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU plant eine Novellierung dieses Gesetzes in der nächsten Legislaturperiode. Damit sollen wesentliche Rechte der Arbeitnehmer, der Betriebsräte, der Jugendvertretungen und der Gewerkschaften wieder rückgängig gemacht werden, die von der sozialliberalen Koalition durchgesetzt wurden.

Ziel dieser Gruppe ist es, wie sich aus den "Leitsätzen der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU für die 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages" ergibt, den übermäßigen Einfluß der Gewerkschaften auf die Betriebe zu verhindern. Sie wollen weitere "Behinderungen in der Betriebsführung, die sich nach der Neuregelung des Betriebsverfassungsgesetzes herausgestellt haben", abbauen.

Damit kann nur gemeint sein, daß die Rechte der einzelnen Arbeitnehmer, die Mitsprache und Mitwirkungsrechte der Betriebsräte wieder abgebaut werden sollen. Auch soll die Funktion der Einigungsstelle, die eine logische Konsequenz der wesentlichen Erweiterung der Mitbestimmungsfälle ist, wieder eingeschränkt werden. Ebenso soll in dieser Novelle die paritätische Besetzung des Wirtschaftsausschusses beseitigt werden. Mit dieser Absicht beschwört die CDU/CSU schwere soziale Konflikte herauf.

Die Arbeitnehmer werden sich ihre neu durchgesetzten Rechte jedoch nicht nehmen lassen. Bei der Wahl am 19. November geht es also auch darum, das Betriebsverfassungsgesetz in seiner jetzigen Form gegen diesen Anschlag zu verteidigen. Die Arbeitnehmer können mit dem Stimmzettel verhindern, daß diese Pläne Wirklichkeit werden.

(-/ja/13.10.1972/bgy)